Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Bezugspreis für 16. bis 31. Januar: Bei Abholung in den Ausgabestellen der Stadt 1.50 Mk., in den Ausgabestellen des Landbezirks 1.55 Mk., bei Zutragung im Stadtbezirk 1.55 Mk., bei Zutragung im Landbezirk 1.60 Mk. Wochenkarten 75 Pfg. — Einzelnummer 20 Pfg. Postscheckkonto Amt Dresden 2701. Gemeindegirokonto: Frankenberg 5, Fernspr. 41. Telegrammadresse: Tageblatt Frankenbergsachsen

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: Der Grundpreis für die 26 mm breite einspaltige Petitzeile beträgt 20 Goldpfennig, für die 147 mm breite amtliche Zeile 40 Goldpfennig, für die 90 mm breite Zeile im Redaktionsteile 80 Goldpfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 1 Zeile Sondergebühr. — Für schwierige Satzarten und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsdruck Ermäßigung nach feststehender Staffel.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa
Rotationsdruck und Verlag: C. G. Roßberg (Inhaber Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. — Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Roßberg jun.

№ 16 — Sonnabend den 19. Januar 1924 nachmittags — 83. Jahrgang

Clive gegen die „Autonome Regierung".

Umfangreiche Berichterstattung an Kilmarnock. — Das Ergebnis der Untersuchungen. — Vernichtendes Urteil des pfälzischen Volkes.

Der Sonderberichterstatter des Daily Telegraph in Speyer drahtet, Generalkonsul Clive habe ihm mitgeteilt, daß seine Untersuchung der Lage in der Pfalz zu Ende gehe, und daß er sich dann nach Koblenz begeben werde, um Lord Kilmarnock Bericht zu erstatten; er hoffe, am Sonntag nach München zurückkehren zu können. In Germersheim und Landau habe Clive nicht weniger als 37 Reden angehört, auch in Neustadt und Kaiserslautern sei er über die Lage ausführlich informiert worden. Es könne gesagt werden, daß seine Untersuchung

eine allgemeine Ablehnung

der sogenannten „Autonomen Regierung" ergeben habe. Die Geistlichkeit, die Industriellen, die Landbesitzer und die Bürgerschaft hätten nicht gezögert, sich darüber frei vor Clive auszusprechen. Gleichzeitig aber habe der britische Generalkonsul bemerkt, daß es unzufriedene Elemente in der Pfalz gebe. Eine Lage sei dort entstanden, die nicht fortdauern könne. Es sei jedoch nicht seine Sache, Empfehlungen zu machen, er habe nur die Tatsachen, die er festgestellt habe, zu unterbreiten. Sein

Bericht werde sehr umfangreich

sein. Nicht nur Clive selbst habe sich Notizen gemacht, auch seine Sekretäre hätten eifrig Erklärungen niedergeschrieben, die von Männern und Frauen aus allen Teilen des Volkes der Pfalz abgegeben worden seien. Und das Hauptergebnis sei, soweit man sehen könne, daß die sogenannte „Autonome Regierung" nicht darauf hoffen könne, Gefolgsmannen.

Triumphzug des englischen Beauftragten

Rohes Einschreiten der französischen Gendarmerie.

In Erwartung des englischen Generalkonsuls hatte sich vor dem Rathause in Speyer eine große Menschenmenge eingefunden, um dem Generalkonsul Huldigungen darzubringen. Sie wurde von französischer Gendarmerie bis zur Hauptstraße zurückgetrieben. Während der Anwesenheit des britischen Generalkonsuls hatten die separatistischen Wachposten in Speyer ihre Waffen abgelegt. Am nächsten Tage erschienen sie jedoch wieder in voller Bewaffnung.

In Kaiserslautern war die ganze Bevölkerung auf den Beinen, um den englischen Generalkonsul Clive als Retter aus der schweren Not, die durch den separatistischen Terror und die Haltung der Besatzungsbehörden über die ganze Pfalz gekommen ist, zu begrüßen. Die französische Gendarmerie schritt gegen die Masse ein und schlug auf sie los. Zwei Personen wurden dabei erheblich verletzt.

•

Offensichtlich haben die französischen Bezirksdelegierten von Metz General de Metz Weisung erhalten, die Landbürgermeister zur Abgabe von Beileidskundgebungen für den erschossenen Landesverräter Heinz-Orbis zu veranlassen. Derartige Aufforderungen richteten bisher an die Gemeinden ihrer Bezirke der französische Bezirksdelegierte in Bergzabern Fabre und der französische Bezirksdelegierte in Kirchheimbolanden Morel.

Die blamierten Franzosen.

Wie Havas aus Düsseldorf meldet, ist der französische Oberstleutnant Richlen, der in der englischen Besatzungszone „Untersuchungen" über das Treiben der rheinischen Nationalisten und Antiseparatisten anstellen wollte, mit seinem Begleiter Mallot ergebnislos nach Koblenz zurückgekehrt. Havas führt das Scheitern der Mission darauf zurück, daß den deutschen Behörden Tag und Stunde der Untersuchung bekanntgeworden sei und daß sie somit Gelegenheit gehabt hätten, „kompromittierende Dokumente" rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Stresemann über Ruhr und Pfalz.

Auf einer am Donnerstag abend vom Landesverband Hamburg der Deutschen Volkspartei veranstalteten Reichsgründungsfeier ergriff der Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann das Wort zu einer Rede. Der Ruhrkampf, so führte der Minister aus, sei zwar verloren, aber der Gedanke des Kampfes sei nicht falsch gewesen. Er habe gezeigt, daß es auch für das deutsche Volk eine Grenze der Geduld und des Entsagens gebe, und er habe den Wahn zerstört, als ob das rheinische Volk ein eigenes Leben führen wolle innerhalb des Deutschen Reiches oder als ob es sich verlieren wollte an das französische Volk.

Die Vorgänge in der Pfalz seien eine Kulturschande, deren ganz Europa sich schämen sollte. Es liege im Interesse der Alliierten selbst, nicht über diejenigen Bestimmungen hinauszugehen, die im Versailler Vertrag niedergelegt seien; denn wer sich darüber hinwegsetzte, der nehme damit dem Vertrag seine Grundlage. Der Minister begrüßte den Zusammentritt der internationalen Konferenz, die über die deutsche Leistungsfähigkeit ein Urteil abgeben soll. Eine Verlängerung der Moratorien, soweit sie überhaupt annehmbar seien, seitens des Reiches, sei nur möglich im Rahmen der endgültigen Lösung der Reparationsfrage. Entweder werde Frieden, oder es komme der gemeinsame Ruin.

Die Einbringung der englischen Mißtrauensanträge.

Clynes und Asquith Schulter an Schulter.

Ueber die Einbringung des Mißtrauensantrags gegen die Regierung Baldwin im englischen Unterhaus wird berichtet.

Clynes sagte, die Thronrede erkläre, daß die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten freundschaftlich seien. Verhalte sich das so? Seiner Ansicht nach nicht. Seien die Beziehungen zu Rußland freundschaftlich? Deutschland jetzt schlimmer zu behandeln als Deutschland Frankreich vor 50 Jahren behandelt habe, bedeute, eine monströse Vorbereitung für den nächsten Krieg zu machen, und daher könne England nicht länger nur zusehen und abwarten.

Asquith, der nach Clynes sprach und trotz seiner Halsbeschwerden die Opposition zu größter Begeisterung entfachte, erklärte, er werde zugunsten des von Clynes eingebrachten Abänderungsantrages stimmen und werde allen seinen Freunden anraten, dasselbe zu tun. Es sei ein klares und uneingeschränktes Mißtrauensvotum gegen die augenblickliche Regierung, deren man sich erinnern werde wegen ihrer Unbeständigkeit und Unfähigkeit sowohl im Innern als auch nach außen. Keine Regierung habe bisher größeren tatsächlichen Schaden angerichtet. Asquith sagte, er lehne es ab, zu glauben, daß die Sonne untergehen werde für die Wohlfahrt Großbritanniens am Abend des Tages, an dem die Arbeiterpartei ins Amt komme. Es sei die Pflicht aller patriotischen Männer und Frauen, alles zu tun, was sie könnten, ohne Grundsätze zu opfern, um die Aufgabe der Arbeiterpartei zu erleichtern.

Poincaré erhält ein Vertrauensvotum.

Zur Begründung der in der Kammersitzung vom Donnerstag eingebrachten Steuergesetze ergriff Poincaré das Wort. Er erklärte u. a.: Deutschland habe ein Moratorium für mehrere Jahre verlangt. Deshalb wären die Lasten Frankreichs gestiegen (!). Die Hilfsquellen Frankreichs wären ungeheuer, und da es nicht daran denke, sie durch politische Abenteuer zu kompromittieren (!), da es aufrichtig pazifistisch und sehr arbeitsam sei (!), müsse sich seine Lage verbessern. Poincaré wies noch auf die günstige Handelsbilanz hin und auf die Tatsache, daß man den Banknotenumlauf um 1 Milliarde 800 Millionen verringert habe. Die Kammer müsse, wenn sie spätestens im Monat Mai vor die Wähler trete, dies mit einem

stabilisierten Frank

und mit der niedergekämpften Lebensteuerung tun können. Die Regierung werde auch Maßnahmen gegen die Steuerhinterziehungen treffen. Bei der Abstimmung über die Verschiebung der Interpellation Bonysson an das Ende der Sitzung erhielt das Kabinett Poincaré, der, wie angekündigt, die Vertrauensfrage gestellt hatte, ein Vertrauensvotum von 894 gegen 180 Stimmen.

Zusammenkunft zwischen Marx und Knilling.

Der bayerische Ministerpräsident, Dr. von Knilling, hat München am Donnerstag mit dem Frankfurter Schnellzug verlassen, um sich mit dem Reichskanzler in einer mitteldeutschen Stadt, die nicht genannt wird, zu treffen. Der Zweck des Zusammentreffens ist, sich gegenseitig kennenzulernen und dann wohl auch, über Mittel und Wege zu beraten, die alten Mißhelligkeiten zwischen Bayern und dem Reich zu beseitigen, ebenso eine unverbindliche Aussprache über die bayerische Denkschrift zur föderalistischen Reform der Reichsverfassung. Reichskanzler Marx hat Berlin ebenfalls bereits verlassen.

•

Das Reichskabinett beriet in seiner letzten Sitzung die von der bayerischen Staatsregierung vorgelegte Denkschrift zur Revision der Weimarer Reichsverfassung. Die Reichsregierung begrüßt es, daß durch die bayerische Denkschrift die Diskussion über die Aenderung der Weimarer Verfassung in ruhige, sachliche Bahnen geleitet wird, sie ist aber einmütig der Ueberzeugung, daß ohne vorhergehende gründliche Prüfung der in der Denkschrift aufgeworfenen Fragen und Forderungen eine Beschlußfassung nicht möglich ist.

Rundfunk-Ansprache des Reichsfinanzministers.

Ernste Mahnungen am Tage der Reichsgründung.

Reichsfinanzminister Dr. Luther hielt am 18. Januar durch Rundfunk im Berliner Vox-Haus ungefähr folgende Ansprache:

Zum Tage der Reichsgründung rufe ich dem deutschen Volke zu: Rettet das Reich! Aus einem Traum wurde das Reich am 18. Januar 1871 Wirklichkeit. In der schweren Not der Gegenwart gilt es, alles einzusetzen, damit das Reich nicht wieder zum Märchen wird!

Zahlreiche Ausländer, die mich in den letzten Wochen besuchten, haben mir gesagt, sie verstünden überhaupt nicht, wie die Währungsfestigung in Deutschland möglich geworden sei; mehrere von ihnen gebrauchten den Ausdruck, der Vorgang sei märchenhaft. Dementsprechend scheint, nachdem die Festigung der Währung seit kurzen sechs Wochen Tatsache ist, bei vielen Mitbürgern, auch bei manchen, deren Wort Gewicht hat, wirklich schon eine Art Märchenstimmung ausgebrochen zu sein. Ist es nicht geradezu eine Verzauberung des Verstandes, wenn man heute schon lesen kann, durch die scharfen Ersparnismaßnahmen der Reichsregierung sei der Bau des Reichs gefährdet, während er in Wirklichkeit durch diese Maßnahmen gerettet wurde?

Zur Frage der Hypothekenaufwertung

will ich in diesem Zusammenhange mich nicht eingehend äußern. Aber ist es nicht geradezu Zauberglaube, wenn Leute, die innerlich ihre Hypotheken längst abgeschrieben hatten, mit einem Male wähnen, alle die Hypotheken, von denen mitsamt den übrigen Ersparnissen das deutsche Volk in den letzten Jahren durch das Mittel der Inflation doch gelebt, die es also verzehrt hat, könnten jetzt durch Federstriche auf ihren alten Goldwert oder einen erheblichen Teil davon wieder rückwärts aufgebaut werden, und Staat und Wirtschaft könnten bei solchen Verfahren bestehen? Ist es nicht Märchenglaube an ein „Eselein streck dich", wenn öffentliche und private Kräfte immer wieder das Reich, dem kein Kredit mehr zur Verfügung steht, um Zuschüsse oder Steuererlaß oder dergleichen bestürmen? Der Reichsgründungstag muß dem deutschen Volke ein Tag ernster Mahnung sein, daß es

mit Märchenstimmung nicht geht.

Die Wirklichkeit ist härter als je. Das deutsche Volk kämpft um sein Dasein. Für diesen Kampf müssen die großen Arbeitsleistungen von ihm gefordert werden. Wer dem deutschen Volke die neue Währung erhalten will — und das will doch wohl jeder, der überhaupt Vernunft hat —, muß auch die Mittel hierfür wollen, muß also zu schweren Opfern bereit sein.

Die Revision im Schupo-Prozeß verworfen.

Das französische Revisionsgericht in Mainz hat die Revision im Düsseldorfer Schupo-Prozeß nach kurzer Verhandlung unter Bejahung seiner Zuständigkeit verworfen.

•

Aus der Revisionsverhandlung seien die folgenden Einzelheiten wiedergegeben. Der Anklagevertreter begründete die Zuständigkeit des französischen Kriegsgerichtes hauptsächlich damit, daß die Handlung der Schutzpolizei am 30. September 1923 nur eine Fortsetzung der ständig widerspenstigen Haltung der Polizei gegenüber der französischen Besetzungsbehörde sei, die General Degoutte gezwungen habe, die ganze Schutzpolizei aus dem Ruhrgebiet auszuweisen (!). Die Tatsache, daß die Schutzpolizei entgegen einem französischen Befehl aus ihren Quartieren ausgerückt sei, rechtfertige schon allein die Zuständigkeit, denn ohne das Verlassen der Kaserne wäre es an jenem Tage nach französischer Auffassung zu keinem Zwischenfall gekommen. In dem Urteil wurden im wesentlichen die Argumente des Anklagevertreters wiederholt. — Mit einigen Worten wurde die von Regierungspräsident Grützner, der in Abwesenheit zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war, durch ein Telegramm eingelegte Revision erwähnt, die nach dem französischen Strafrecht unbeachtlich sei, da ein wegen eines Verbrechens in Abwesenheit Verurteilter nur, wenn er sich freiwillig stellt, Revision einlegen könne.

Deutschnationaler Antrag auf Auflösung des Reichstags.

Im Namen der deutschnationalen Reichstagsfraktion hat der Fraktionsvorsitzende Hergt einen Antrag auf Auflösung des Reichstags eingebracht, in dem es u. a. heißt: Es liegt kein Anlaß vor, die Neuwahl für den ausgeschalteten, überalterten, der Stimmung im Volke nicht mehr entsprechenden Reichstag weiter aufzuschieben. Die Vornahme der Neuwahl muß im Gegenteil früher als vor dem nach der Reichsverfassung zulässigen Fälligkeitstermin erfolgen. Der militärische Ausnahmezustand ist zum Schutze der Wahlen — bei vollster Sicherung der Wohlfreiheit für alle Parteien — aufrechtzuerhalten, bis nach Zusammentritt des neuen Reichstages über seine Fortdauer entschieden werden wird. Die deutschnationale Fraktion stellt daher den Antrag: „Der Reichstag wolle beschließen die Reichsregierung zu ersuchen, auf den Herrn Reichspräsidenten dahin einzuwirken, daß dieser die Neuwahl alsbald anberaumt und dementsprechend den Reichstag auflöse."

SLUB
Wir führen Wissen.